

Italiens Bankensystem ist in Gefahr

Eurokrise: Trotz diverser Taschenspielertricks droht ein italienischer Schuldenschnitt und eine Haftung anderer Euro-Staaten

DIRK MEYER

Der EZB-Bankenstresstest Ende Juli hat es bestätigt: Die italienische Bankenkrise spitzt sich zu. Aktuell steht das drittgrößte Kreditinstitut des Landes und die zugleich älteste Bank der Welt, die Banca Monte dei Paschi di Siena (gegründet 1472), aufgrund von Korruption und Mißmanagement vor der Pleite.

Italienische Banken haben einen Kreditbestand von rund zwei Billionen Euro in ihren Büchern. Davon gilt ein Volumen von etwa 360 Milliarden Euro als ausfallgefährdet oder bereits notleidend. Das entspricht 18 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Dem steht jedoch lediglich eine Risikoversorge von etwa 120 Milliarden Euro gegenüber. Die Sanierung und Abwicklung insolventer Finanzinstitute erfolgt seit Jahresbeginn nach den Vorgaben des EU-Bankenabwicklungsmechanismus. Kernpunkt ist der sogenannte Bail-in-Mechanismus. Er beinhaltet eine Gläubigerbeteiligung, bei der Einlagen von mehr als 100.000 Euro für Verluste herangezogen werden. Erst am Schluß soll der Steuerzahler haften – soweit die Theorie.

Agrar- und Baufahrzeuge, Traktoren und Feuerwehren

In Italien ist eine Gläubigerbeteiligung aufgrund der kleinteiligen Eigentümer- und Gläubigerstrukturen umstritten. Die Institute finanzieren sich über ihre Kunden, zum einen als Anteilseigner, zum anderen als Gläubiger von Bankobligationen. Von daher ist der Widerstand gegen ein Bail-in erheblich.

Es bleiben mögliche Staatshilfen, für die jedoch aufgrund einer Staatsschuldenquote von 133 Prozent kaum Spielraum besteht. Zudem sind staatliche Subventionen nach EU-Recht ausgeschlossen. Was wäre ein „italienischer Weg“? Die Regierung drängt bereits mit



Bankkunden demonstrieren in Rom gegen eine Entscheidung zur Bankenrettung (Juni 2016): „Diebe, wir wollen unser ganzes Geld zurück“

Verweis auf die Verunsicherung infolge des Brexit-Votums auf die Anwendung von Ausnahmeregelungen. Auf ihren Druck hin wurde über ein Bankenkonsortium ein privater Bankenfonds mit dem Namen Atlante gegründet.

Dieser verfügt über ein Volumen von knapp fünf Milliarden Euro. Seine Aufgabe ist unter anderem die Übernahme notleidender Kreditpapiere zum Buchwert. Es dürfte ein erheblicher Bedarf an weiteren Fondsmitteln in Höhe von 100 bis 150 Milliarden Euro bestehen.

Die Regierung wird in jedem Fall vermeiden wollen, Staatshilfen zu gewähren. Geeignet wäre dagegen die in

staatlichem Besitz befindliche Förderbank Cassa Depositi e Prestiti (CDP). Diese italienische Variante der KfW unterstützt private Unternehmen und ist schon an Atlante beteiligt. Denkbar wäre, daß der Staat einen notenbankfähigen Schuldschein an die CDP gibt, die ihn an den Bankenrettungsfonds Atlante weiterleitet.

Rom könnte eine Bank „zwischen-schalten“

Dieser könnte den Schuldschein sofort als Sicherheit zur Refinanzierung im Rahmen der ELA-Notfall-Liquiditätshilfe der italienischen Notenbank einreichen, um Geld zum Ankauf der Problemkredite zu erhalten.

Indem Atlante zum Buchwert notleidende Kredite von insolventen Finanzinstituten aufkauft, entlastet er diese Bankhäuser von notwendigen Wertberichtigungen, ermöglicht deren Zahlungsfähigkeit und Fortbestand, muß aber selbst die Abschreibungen vornehmen. Bei Abschlägen zum Marktwert in Höhe von achtzig bis neunzig Prozent würde Atlante bei der Verwertung erhebliche Verluste anhäufen, die das Kapital aufzehren – eine indirekte staatliche Beihilfe.

Was wären die Vorteile aus italienischer Sicht? Durch die Zwischenschaltung der halbstaatlichen Förderbank CDP dürfte formal der Vorwurf einer nach EU-Recht schädlichen Staatshilfe entfallen. Die Einreichung des staatlichen Schuldscheines bei der italienischen Notenbank als ELA-Nothilfe zur Refinanzierung ist eine nationale Euro-Geldschöpfung, auf die das Eurosystem direkt keinen Einfluß hat. Schließlich steigt durch die Staatshilfe die Verschuldung auf 141 Prozent des BIP. Ein Schuldenschnitt für Italien wird deshalb mittelfristig wahrscheinlicher.

Familienunternehmen: Die Hälfte mitbestimmt

DÜSSELDORF. Nur bei 24 der 50 größten Familienunternehmen haben die Beschäftigten gesetzliche Mitbestimmungsmöglichkeiten. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung (HBS). Unter den umsatzstärksten zehn Familienfirmen sei die Mehrheit mitbestimmt, unter den kleinsten hingegen nur ein Drittel. Keinen paritätisch mitbestimmten Aufsichtsrat hätten die Schwarz-Gruppe (Lidl/Kaufland), Phoenix Pharmahandel, Oetker, Würth und die Textilketten C&A, Aldi Süd und Aldi Nord, die zusammen deutschlandweit 66.000 Mitarbeiter beschäftigen, würden durch zwei Familienstiftungen gesteuert, die vom 1976 erlassenen Mitbestimmungsgesetz nicht erfaßt werden. Unterhalb der Stiftungsebene operierten Regionalgesellschaften, die die Schwelle von 2.000 Mitarbeitern nicht überschreiten. „Die Querelen bei Aldi Nord zeigen sehr eindrücklich, wie gefährlich es ist, wenn Familienunternehmen dieses Korrektiv nicht haben“, erklärte HBS-Sprecher Michael Guggemos. Weitere Möglichkeiten, sich der Mitbestimmung zu entziehen, böten die Europäische Aktiengesellschaft (SE) oder neuartige Konstruktionen mit ausländischen Rechtsformen wie die Ltd. & Co. KG. (f) www.boeckler.de/14_66311.htm

Zahl der Woche

47 Millionen Personen kauften 2015 in Deutschland via Internet ein. Das waren 20 Prozent mehr als 2010. Fast zwei Drittel bezogen Kleidung und Sportartikel. Jeder zweite bestellte Möbel, Spielzeug oder Gebrauchsgüter. Zwei Fünftel kauften Bücher oder Urlaubsreisen.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

ASYL

Die Wahrheit wird unter den Teppich gekehrt

Ist man „Ausländer-Feind“ oder „Rechtsradikaler“, wenn man diese Fakten nennt?:

- Die Politik der „offenen Scheunentore“ von Angela Merkel ist ein schwerer Fehler.
- Die Integration der meist moslemischen Flüchtlinge funktioniert nicht.
- Die ohnehin schon vorhandene Parallelgesellschaft wird sich vertiefen.
- Gewalt, Kriminalität und Einbrüche werden zunehmen.
- Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit werden ansteigen.
- Selbstverständlich gibt es unter den „Zugewanderten“ fundamentalistische Islamisten. Blutige Anschläge sind nur eine Frage der Zeit.
- Diese Kette von Argumenten läßt sich beliebig fortsetzen. So läßt sich die Wahrheit nicht länger unter den Teppich kehren.



Peter Helmes (CDU) listet in einer neuen Broschüre in alarmierender Form alle Fakten auf.

Titel der 44 Seiten umfangreichen Broschüre:

ASYL Fakten, Fehler, Fragen.

Sie können die Broschüre **kostenlos** bestellen.

Peter Helmes

ASYL Fakten Fehler Fragen

44 Seiten knallharte Fakten, Fehler und Fragen zu dieser Broschüre des konservativen Publizisten Peter Helmes.

Kostenlose Bestellung

Von der Helmes-Broschüre
**ASYL
Fakten, Fehler, Fragen**
bestelle ich kostenlos
hiermit **ein** Exemplar.

Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____

Plz und Ort: _____

Bitte einsenden an:

Die Deutschen Konservativen e.V.

Beethovenstraße 60
22083 Hamburg
Fax: 040/299 44 60

E-mail: info@konservative.de
www.konservative.de